

Kreisblatt des
Stadtkreises Bocholt.
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes
von Borken.
Organ
des Zentrumspartei.

Volksblatt

Verleger: Dr. Heinrich
Borchers, Bocholt.
Redakteur: Dr. Heinrich
Borchers, Bocholt.
Druck: Dr. Heinrich
Borchers, Bocholt.

Nummer 147

Montag, den 30. Mai

Jahrgang 1927

Tagesfragen.

Auf der Kundgebung des Königsberger Reichsbanners sind zwei Reden gehalten worden, denen ein politisches Nachspiel gefolgt ist. Der eine Redner war der sozialdemokratische Oberpräsident Dörfling, der Führer des Reichsbanners. Wegen seiner gegen die Reichsregierung gerichteten Angriffe ist der Reichsbanner bei der preussischen Staatsregierung vorläufig gestrichen worden. Dörfling ist nicht nur Parlamentarier und Vorsitzender des Reichsbanners, er ist auch ein hoher Beamter und hat als solcher sich gewisse Zurückhaltung auferlegen lassen. Der Beamte hat die Pflicht, die Autorität der Regierung zu schützen, auch wenn ihm dieses oder jenes an ihr nicht gefällt. Dörflings Auftreten in Königsberg war mit dieser Forderung nicht vereinbar. Daher hat die Reichsregierung mit Recht dagegen Beschwerde eingelegt. Der zweite Redner in Königsberg war Dr. Wirth. Er nannte die Zustimmung der Deutschen Nationalen zur Verlängerung des Republikanengesetzes „Gefinnungslumperei“ und sagte außerdem, es müsse alles geschehen, um die jetzige Reichsregierung möglichst bald zu stürzen. Das waren Worte, die auch die Zentrumsfraktion des Reichstags berühren. Denn Dr. Wirth ist ihr Mitglied, obwohl er seit Anfang dieses Jahres ihre Politik bekämpft und mit der oppositionellen Fraktion am selben Strick zieht. Darum hat der Vorstand der Zentrumsfraktion alsbald nach dem Bekanntwerden der Rede Dr. Wirths dem Reichsbanner Dr. Wirth in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Deutschen Zentrumspartei den Wunsch ausgesprochen, er möge sich mit Dr. Wirth ins Benehmen setzen und von ihm den Vorwurf seiner Äußerungen zu erfahren suchen. Einige Tage darauf hat Graf Westarp im interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien über die Äußerungen Dörflings und Wirths Beschwerde erhoben. Dr. Wirth, der infolge zu starker Anspruchnahme noch nicht dazu gekommen war, an Dr. Wirth zu schreiben, konnte darauf hinweisen, daß er schon von sich aus Dr. Wirth um eine Aufklärung zu ersuchen gedenke. Dem Grafen Westarp wurde aber zugleich bedeutet, daß Zentrumspartei und Zentrumsfraktion jegliche Einmischung von außen her in innere Angelegenheiten wie die vorliegende ablehnen müssen. Wenn nun die deutschnationale Parteiliste durch ihre Pressestelle hat erklären lassen, daß von ihr aus kein Schritt wegen der Königsberger Rede Dr. Wirths erfolgt sei, so trifft das zu. Denn es war nicht die Partei, sondern die Fraktion selbst, die die Angelegenheit zur Sprache gebracht hat. Dr. Wirth hat inzwischen nicht nur den Brief an Dr. Wirth geschrieben, sondern ihn auch persönlich auf seiner Rheinlandreise gesprochen. Dr. Wirth hält seine Äußerungen aufrecht und wird, wie wir erfahren, in den nächsten Tagen den Brief des Reichsbanners und seine Antwort darauf veröffentlichen. Wir gedenken diese Veröffentlichung abzuwarten. Danach dürfte es allerdings zwingende Pflicht werden, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Der Fall Wirth berührt die Zentrumspartei seit anderthalb Jahren. Auf den Parteitagen von Gassel, Berlin, Erfurt und nochmals Berlin hat man sich mit ihm beschäftigt. Man wird es erneut tun müssen und dabei wohl kaum um die Feststellung herum kommen, daß die Hoffnungen, die man an jene Tagungen knüpfen zu dürfen glaubte, trügerisch waren. Man darf wohl damit rechnen, daß Dr. Wirth in seiner Antwort an Marx, Kapp und Lar seine Meinung sagen wird. Sie wird maßgebend sein müssen für das zukünftige Verhältnis des Zentrums zu Dr. Wirth. Genaue Kenntnis der Äußerungen einer selbstständigen Persönlichkeit darf man nicht auf die Goldwaage legen, eine wohlüberlegte schriftliche und in Druck gegebene Antwort dagegen berechtigt zur Entscheidung für oder wider einen Mann, der einst des Deutschen Reiches Kanzler und mit Mathieu der Inaugurator der noch heute maßgeblichen Richtung der deutschen Außenpolitik gewesen ist.

Moskaus Antwort an Großbritannien.

Die unschuldige Sowjetregierung.

■ Moskau, 29. Mai. In der Antwort der russischen Regierung auf die britische Note über die Aussetzung des Handelsabkommens und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion heißt es: Der Abbruch der Beziehungen sei durch die ganze Politik der jetzigen konservativen britischen Regierung vorbereitet worden, die alle Anträge der Sowjetregierung auf eine Regelung der gegenseitigen Beziehungen durch Verhandlungen ablehnte. Die Sowjetregierung weise alle Beschuldigungen, daß sie das Handelsabkommen verletzt hätte, zurück. Die Ergebnisse der Durchsicht der Handelsdelegation der offiziellen Agenten der Sowjetunion. Der Grund des Bruchs sei das Fehlen der Politik der konservativen englischen Regierung in China und der Versuch, dieses Fehlen durch eine Diversion gegenüber der Sowjetunion zu verdecken. Die britische Regierung liege normalen Beziehungen zu Moskau das System der Gewalttätigkeit und der Feindschaft vor.

Die Abreise der Russen aus London.

■ London, 29. Mai. Es verlautet, daß der russische Gesandte in London, Herr Komarow, nicht vor dem 31. Mai nach Moskau zurückkehren werde. Eine Anzahl von russischen „Diplomaten“ sind an Bord des russischen Dampfers „Joushar“ gestiegen, der nach Moskau fährt. Das Schiff, das am Dienstag abfahren soll, wird von der Polizei sorgsam bewacht. Ein von den Russen in London zurückgelassener Agentenstab wird die Angelegenheiten der russischen Handelsdelegation während der Abwesenheit des Komarow leiten. Die russische Regierung wird die Arbeit solcher Organisation verabschiedet wurde, müßte die Begründung bis spätestens 14. Juni erfolgen. Im vorliegenden Falle hat nun aber die Begründung auf das Schicksal des Gegenstands praktisch wohl kaum noch irgendwelchen Einfluß. Denn die parlamentarischen Verhältnisse sind so, daß sich im Reichstag schwerlich eine Mehrheit findet, die dem Verlangen des Reichsrats gemäß den geforderten Änderungen zustimmen würde. Noch viel weniger ist aber daran zu denken, daß eine Zweiparteienmehrheit, die erforderlich wäre, um entgegen dem Einpruch des Reichsrats dem Gesetz zur Gültigkeit zu verhelfen, im Reichstag für das Jugendgesetz zu erreichen sein wird. Es ist daher damit zu rechnen, daß das Gesetz in der Verletzung verschwinden wird, was im Interesse der Jugend außerordentlich zu bedauern ist. Eine ausdrückliche Zurückweisung des Gesetzes ist nach der Verfassung nicht erforderlich, vielmehr gilt das Gesetz ohne weiteres als nicht zustande gekommen, wenn zwischen Reichstag und Reichsrat nach dem Einpruch des Reichsrats keine Übereinstimmung zustande kommt.

Es gibt nichts Bedeutsames, das stumpsinniger und geistloser wäre, als die kommunistische Presse in Deutschland. Sie erschöpft sich in täglich wiederkehrenden Aufzügen, Protesten und verlogenen Verwehren. Die kommunistischen Blätter in der Provinz machen es der Berliner „Roten Fahne“ nach, und wie dieses Zentralorgan der R.P.D. sich zum Litik macht, so gibt es auch für Provinzblätter nichts anderes als die Verführung der Sprüche, die von Moskau an die willfährigen kommunistischen „Tintenfässer“ — hier paßt das Wort — in Deutschland zur Veröffentlichung gelangt werden. Man kann nicht gerade sagen, daß die kommunistische Presse damit einer Idee dient, denn das, was man als die Idee des Volksweltismus oder Kommunismus bezeichnen möchte, oder was, konkreter gesagt, Lenin als solche umschrieben hat, das ist längst vergangen, es ist längst in einer Parteiorganisationsform erstarrt, die in ihrer Selbsthaltung den obersten Zweck ihres Daseins hegt. Trotzdem sollte doch das Zentralorgan, die „Rote Fahne“, wenn es in seiner Beziehung einigermaßen konsequent sein möchte, die jetzige Weltspannung wenigstens dazu benutzen, große Politik zu machen. Es müßte sich bemühen, als das führende Organ der deutschen Section der kommunistischen Internationale offiziellos zu werden. In ihm müßte man legenden wie das kluge und tatsächlich weit voraussehende offizielle Sprachorgan des russischen Außenministers Tschitscherin oder des russischen Volkskammerpräsidenten finden können. Kurz und gut, wer auch immer in Deutschland Politik macht und heute um die Stellung Deutschlands zum russisch-englischen Konflikt Sorgen empfindet, der müßte ganz von selbst täglich zur „Roten Fahne“ greifen in dem Bewußtsein, daß er hier eine sachliche, im modernen Rahmen objektive Darstellung der Verhältnisse findet. Nichts davon. Das Blatt ist so verlogen, wie es immer seit seinem Bestehen gewesen ist und wie alle anderen kommunistischen Blätter sind. Im besten Falle mag es, da die deutsche Regierung die Wahrung der russischen Interessen in Eng-

nen, wie der russisch-britischen Getreideexportgesellschaft und ähnlichen Unternehmungen fortzudauern, wenn keine Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Norwegen verleiht England in Sowjetrußland?

■ London, 29. Mai. Die diplomatische Korrespondenz des „Observer“ erklärt, ist die Frage der Vertretung der britischen Interessen in Moskau noch nicht entschieden. Die Lösung dieser Frage sei außerordentlich schwierig, da von den in Moskau vertretenen 24 Mächten nur vier Großmächte seien. Weiter sei darauf Bedacht zu nehmen, daß die kommerziellen Interessen dieser Mächte nicht im Gegensatz zu der Vertretung der britischen Interessen stünden. Es sei aber wahrscheinlich, daß Schweden oder Norwegen gebeten werden, diese Aufgabe zu übernehmen.

■ Riga, 29. Mai. Aus Moskau wird gemeldet, daß Verhandlungen über den Schutz der englischen Interessen in der Sowjetunion begonnen haben. Der norwegische Gesandte wird heute wahrscheinlich das Gebäude der englischen Botschaft übernehmen, und alle englischen Staatsangehörigen werden dem Schutz des norwegischen Gesandten unterstellt.

Die Sowjetregierung mit Tschitscherins Pariser Verhandlungen zufrieden.

■ Riga, 29. Mai. Aus Moskau wird gemeldet, daß die Sowjetregierung mit dem Ergebnis der Reise Tschitscherins nach Paris vollkommen zufrieden ist. Tschitscherin wird am 12. Juni in Moskau erwartet, wo er einen Vortrag über die politische Lage der Sowjetregierung halten wird.

land übernimmt, spricht die „Rote Fahne“ davon, daß Deutschland sich an die Einheitsfront der Weltmacht gegen England einzusetzen. In demselben Augenblick, wo der „Vorwärts“ schreibt: „Daß die deutsche Sozialdemokratie nicht gewillt ist, der deutschen Außenpolitik zum einen Schritt abseits vom Wege der Neutralität zu gestatten, braucht nicht erst gesagt zu werden“ — schreibt die „Rote Fahne“, daß sie jetzt die konservativen nur zwei offene Verbündete hätten, die zweite Internationale mit dem „Vorwärts“ an der Spitze und die schwärze Reaktion in jedem Lande. Zu gleicher Zeit rühmt die „Rote Fahne“ die Kritik des Führers der englischen Liberalen, Lloyd Georges, an der konservativen Politik. Dabei ist es doch ganz offensichtlich, daß die Methoden der bolschewistischen Propaganda und die Unterwerfung des demokratischen Gedankens in allen Ländern durch die kommunistische Internationale mindestens so scharf verurteilt und bekämpft werden, wie von der deutschen Sozialdemokratie. Man kann es verstehen, wenn der Kommunismus in Deutschland bei solchen Methoden nicht weiterkommt, sondern in fortwährenden Krisen zerfällt. Das deutliche Symptom für die schwindende parteipolitische Bedeutung der kommunistischen Bewegung ist ohne Zweifel die Tatsache, daß sich der Arbeiterpartei der Sozialdemokraten gar nicht mehr damit befassen hat, wie man der kommunistischen Propaganda und ihrer gewerkschaftlichen Bewegung sozialpolitisch künftig noch zu begegnen brauche, sondern daß er sich mit seiner Front nach rechts lehnte und Mittel und Wege suchte, die christliche Arbeiterpartei in seine Reihe einzufangen. Die Kommunisten in Deutschland sind über solche Nichtbeachtung offenkundig empört, wenn man aber hin und wieder in die „Rote Fahne“ oder in ein anderes kommunistisches Blatt hineinsieht, dann ist eine solche Enttäuschung nur zu leicht verständlich.

Die Nordmarkreise des Reichspräsidenten.

■ Hamburg, 29. Mai. Reichspräsident von Hindenburg traf heute nachmittag um 17.01 Uhr mit dem fahrgastreichen Zug von Berlin kommend zu einem kurzen Besuch auf dem Dammtor-Bahnhof ein. In seiner Begleitung befanden sich Staatssekretär Meißner und sein Adjutant und Sohn Major von Hindenburg. Nach der Begrüßung auf dem Bahnhof durch den Bürgermeister Dr. Scharr begab sich der Reichspräsident auf den Weg vor dem Bahnhof und fuhr, von der Begleitung überall auf das Beste begleitet, nach der Vorleser Rennbahn, um hier der Entfaltung des Großen Preises von Hamburg beizuwohnen. Auch auf der Rennbahn wurde der Reichspräsident von der Sportwelt lebhaft begrüßt. Das Rennen um den Großen Preis von Hamburg (Hamburgrennen des Großen Preises) wurde von dem Rennfahrer Marcelus (Hans Bremer) gewonnen. Nach dem Rennen nahm der Reichspräsident als Gast des Hamburger Sportklubs im kleinen Kreis ein Frühstück ein und begab sich wieder zurück nach dem Dammtor-Bahnhof, von wo um 20.06 Uhr die Weiterreise nach Kiel, als der ersten Station der bevorstehenden Nordmarkreise erfolgte. In Altona und Neumünster wurde der Reichspräsident auf den Bahnhöfen von den Vertretern der städtischen Behörden und Militärvereinen begrüßt. Die Ankunft in Kiel erfolgte um 22.08 Uhr. Auf der

Weiterreise nach Kiel schloß sich der Reichswehrminister Dr. Geßler dem Reichspräsidenten an.

■ Kiel, 29. Mai. Heute abend traf der Reichspräsident in Kiel ein. Zum Empfang am Bahnhof hatten sich Oberpräsident Rübke, Landeshauptmann Bahlke, der Vorsitzende des Provinzialparlamentes Dr. Zedler, der Präsident des Landesfinanzamtes, der Oberpostdirektion und des Oberlandesgerichts, der Generalstaatsanwalt sowie der Chef der Marineinfanterie des Kaiserlichen Marinekorps Dr. Räder eingefunden. Dem Reichspräsidenten, der bei dem Landeshauptmann Wohnung nahm, wurden auf seiner Fahrt durch die Stadt seitens einer ungeheuren Menschenmenge, die sich am Bahnhof und in den Straßen angelagert hatte, lebhafteste Huldigungen dargebracht.

Noch keine Deffnung der französischen Archive.

■ Paris, 29. Mai. Der Vorsitzende der französischen Liga für Menschenrechte, Victor Bais, hatte vor etwa einem Monat den Lord of Crichton, ebenso wie die anderen am Weltkrieg beteiligten Staaten die französischen Archive der Forschung zur Verfügung zu stellen. Heute teilt nun Victor Bais im „Debut“ die Antwort des Außenministeriums auf die von der Liga für Menschenrechte erhobene Forderung mit, wobei er gleichzeitig seinem Ersuchen und seiner Bestätigung über die Antwort Ausdruck verleiht. In der Antwort verweist der Außenminister auf die Tatsache, daß die Archive der französischen Regierung nicht aus den Augen verloren werden und weiterhin die Veröffentlichung der Akten vorbereitet. Diese Arbeit mache aber die vorherige Durchsicht von etwa 1600 Aktenstücken notwendig, von denen jeder durchschnittlich 400 bis 500 Dokumente enthalte.

Au den von den anderen Regierungen ausgehenden Veröffentlichungen bemerkt Victor Bais, daß die meisten sich auf die Vorkriegszeit beziehen. Die deutsche „Altenpublikation“ die große Politik und die europäischen Kabinette“ gebe bis zum Transferrate vom Jahre 1871 zurück und mache halt, zweifellos nicht ohne Absicht, bei der Periode, in der Deutschland die entscheidende Rolle gespielt hat, die den Krieg unermesslich machte, so daß dies als ein Versuch erscheint, seine unmittelbare Verantwortlichkeit durch entferntere schwerer feststellbare und leichter zu verschleiern Verantwortlichkeiten abzuschwächen. Victor Bais gibt dann der Auffassung Ausdruck, daß die von den französischen Außenministerien vorgelegene Publikation auf die Zeit des Weltkrieges selbst beziehen müsse. Sobald die ersten Bände gedruckt sein würden, würden die nötigen Archive vom Parlament angefordert werden.

Diese neue entworfene Erklärung des französischen Außenministeriums, die nur die Pflicht betont, die französischen Archive nicht zu öffnen, verleiht nur das eine, daß die deutsche Regierung von 1919 an unter Mitarbeit von Rautsch, Graf Montagu und Professor Schilling, die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch veröffentlichte und damit ein Aktenwerk bereit vor sich haben der Geschichtsforschung zugänglich machte, während heute noch die authentischen französischen Dokumente geheim gehalten werden.

Die deutsche Sprache im Internationalen Arbeitsamt.

■ Genf, 28. Mai. Der Geschäftsausschuss des Internationalen Arbeitsamtes hat heute auf Grund des bekannten Antrages der Reichsregierung zwei Kompromissanträge angenommen, denen zufolge Konventionen und Konferenzbeschlüsse für alle Staaten offiziell überfetzt werden sollen, falls ein entsprechender Wunsch vorliegt und deutsch gehaltene Reden auf der Konferenz durch Dolmetscher überfetzt werden sollen. Ein Zusatzantrag des spanischen Regierungsvertreters, daß bei der Auswahl der Dolmetscher Rücksicht darauf genommen werde, daß die Übersetzer auch des Spanischen und des Italienischen mächtig sein sollten, wurde als Empfehlungsantrag an den Verwaltungsrat überwiesen. Die beiden angenommenen Anträge werden am Montag in der Vollversammlung des Arbeitsamtes beraten werden.

Ein Gegenstück zu dieser Diskussion bietet die praktische Stellungnahme des 3. Ausschusses der Arbeitskonferenz zur gleichen Frage. Dieser Ausschuss, der die Grundlinien für ein Verfahren zur Festlegung von Mindestlöhnen aufstellen soll, hat heute vormittag einstimmig im Interesse zahlreicher Mitglieder den vorläufigen Beschluß gefaßt, daß bei den Verhandlungen alle Reden nicht nur in Englisch oder Französisch, sondern auch in Deutsche überfetzt werden sollen.

Im Schlafe vom Feuer überrascht.

7 polnische Soldaten Opfer eines Scheunensbrandes. ■ Warschau, 29. Mai. Eine polnische Maschinengewehrkompanie in einem Dorf der Woiwodschaft Posen, die in einem Scheunensbrand, wurde das Opfer eines furchtbaren Katastrophen. Als die meisten Soldaten dort eingeschlafen waren, brach in der Scheune ein Brand aus, der in kürzester Zeit das Gebäude in Flammen setzte. Sieben Soldaten sind verbrannt, 14 wurden so schwer verletzt, daß man an ihrem Aufkommen zweifelt, 15 weitere erlitten schwere Verletzungen. Die Ursache des Brandes dürfte eine achtlos weggeworfene brennende Zigarette gewesen sein.

Preise!
Zugesichert.

Verbatt
Federleicht u. farb-
d. Federn
Mk. 1575

Verbatt
Qualität
Mk. 2750

Verbatt
Qualität
Mk. 4500

Trantie.
gt.

Markt.

Meyer

Offentlicher
Arbeitsnachweis
für den Stadtkreis
Bocholt
Kaiser-Wilhelm-Str.
Telefon 3141.

Wen besucht:
Mitt. und Sonn-
tag, 14. und 15. Juni
Meyer
Kaiser-Wilhelm-Str.
Telefon 3141.

Wen besucht:
Mitt. und Sonn-
tag, 14. und 15. Juni
Meyer
Kaiser-Wilhelm-Str.
Telefon 3141.

Wen besucht:
Mitt. und Sonn-
tag, 14. und 15. Juni
Meyer
Kaiser-Wilhelm-Str.
Telefon 3141.

Wen besucht:
Mitt. und Sonn-
tag, 14. und 15. Juni
Meyer
Kaiser-Wilhelm-Str.
Telefon 3141.

Wen besucht:
Mitt. und Sonn-
tag, 14. und 15. Juni
Meyer
Kaiser-Wilhelm-Str.
Telefon 3141.

Wen besucht:
Mitt. und Sonn-
tag, 14. und 15. Juni
Meyer
Kaiser-Wilhelm-Str.
Telefon 3141.

Wen besucht:
Mitt. und Sonn-
tag, 14. und 15. Juni
Meyer
Kaiser-Wilhelm-Str.
Telefon 3141.

Wen besucht:
Mitt. und Sonn-
tag, 14. und 15. Juni
Meyer
Kaiser-Wilhelm-Str.
Telefon 3141.

